



Auswärtiges Amt



50 Jahre
Deutschland in den
Vereinten Nationen

Gemeinsam für Menschlichkeit

Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Gökay Akbulut
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Katja Keul
Staatsministerin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Postanschrift:
11013 Berlin

Tel. +49 30 18 17-2926
Fax +49 30 18 17-52926

buero.keul@diplo.de

www.auswaertiges-amt.de

Berlin, 21. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre für die Fragestunde am
21. Juni 2023 gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

**Fragestunde im Deutschen Bundestag,
21. Juni 2023**

Wahrnehmung durch **StM'in Katja Keul**

Frage Nr.: 029

MdB: Gökay Akbulut

Fraktion: DIE LINKE.

Frage:

„Wie hat die Bundesregierung sich zu der Bitte der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien gegenüber Ländern, deren Staatsangehörige als mutmaßliche IS-Kämpfer in den Haftanstalten der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien inhaftiert sind, sich an der Einrichtung eines internationalen Tribunals zu beteiligen, bislang positioniert (vgl. <https://nordundostsyrien.de/erklaerung-zu-gerichtsverfahren-gegen-auslaendische-is-kaempfer/>), und in welchem Rahmen beteiligt sich die Bundesregierung an den Kosten der Inhaftierung mutmaßlicher IS-Kämpfer?“

Antwort:

Die Bundesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auch die in Syrien begangenen Gräueltaten des IS aufgearbeitet und strafrechtlich verfolgt werden. In diesem Zusammenhang und auch mit Blick auf frühere Ankündigungen der sogenannten „kurdischen Selbstverwaltung“ bezüglich einer Strafverfolgung vor Ort hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass die Einhaltung internationaler Standards bei derartigen Verfahren von großer Bedeutung ist. Die Einrichtung eines internationalen Tribunals ist aus Sicht der Bundesregierung aufgrund unterschiedlich gelagerter internationaler Interessen derzeit nicht durchsetzbar.

Deutschland leistet im Rahmen der internationalen Koalition im Kampf gegen den IS substantielle Beiträge und hat zuletzt im Rahmen des Treffens der Außenministerinnen und Außenminister der Anti-IS-Koalition am 8. Juni in Riad mitgeteilt, dass im Jahr 2023 voraussichtlich mindestens 100 Millionen Euro für zivile Anti-IS-Maßnahmen mobilisiert werden sollen. Damit bliebe Deutschland zweitgrößter Geber nach den USA.

Die von der Bundesregierung geförderten Maßnahmen betreffen die Verbesserung der Lebensbedingungen, den Erhalt von Basisdienstleistungen, sowie die Rehabilitierung, Rückkehr und Reintegration von in Nordost-Syrien in Lagern befindlichen Personen. Die Bundesregierung unterstützt auch Aktivitäten zur Versöhnung und Vertrauensbildung auf lokaler Ebene und zur Aufarbeitung von IS-Verbrechen.